

Dezernat II

Bürgermeisterin  
Dr. Nargess Eskandari-Grünberg

Frankfurt am Main, 30.03.2022

## **9. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 31.03.2022**

### Frage Nr.: 604

Diskriminierung russischsprachige Community

Stadtv. Korenke - CDU -

Am 24.02.2022 wurde auf Befehl Putins die Ukraine überfallen. In Frankfurt leben zahlreiche russischsprachige Menschen, die sich mehrheitlich bestürzt über den Krieg in der Ukraine zeigen und sich von der Politik Russlands klar abgrenzen. Es treten jedoch aufgrund der schwierigen Situation vermehrt Fälle von pauschalen Beleidigungen und Drohungen bis hin zu Angriffen gegen Angehörige dieser Community auf, auch an den Frankfurter Schulen.

Daher frage ich den Magistrat:

Was unternimmt der Magistrat anlässlich des Kriegs in der Ukraine, insbesondere an unseren Schulen, konkret, um der Entstehung verallgemeinernder Feindbilder entgegenzuwirken und eine friedliche Koexistenz der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten?

### **Die Antwort lautet:**

Aktuell setzen die Frankfurter Schulen Zeichen der Solidarität für die Ukraine wie auch für ukrainische Geflüchtete. Viele Schulen haben bereits Aktionen gegen den Krieg zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens umgesetzt, wie z.B.

Schüler:innen-Ketten, Schweigeminuten sowie Spendenaktionen. Eine Auseinandersetzung mit dem Krieg und eine Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für die Situation von Geflüchteten findet außerdem im Unterricht statt. Das Kultusministerium und die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft haben hierzu FAQ- und Link-Listen zusammengestellt.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) kooperiert mit dem Staatlichen Schulamt im Programm „Nur mit Ihnen! Diversität und Schule“ und kann darüber auf aktuelle Bedarfe an Schulen reagieren. Derzeit werden Workshops und Fortbildungen für Lehr- und pädagogische Fachkräfte durchgeführt, z.B. „Diversitätssensibles Arbeiten an der Schule“. Geplant sind Fortbildungen zum Thema „Wie spreche ich mit Schüler:innen über das Thema Krieg?“ Das AmkA sowie die aus der Kooperation hervorgegangene Interkulturelle Fachberatung des Staatlichen Schulamtes stimmen sich eng ab und stehen für Beratungen von Lehr- und pädagogischen Fachkräften zur Verfügung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtisch geförderten Angebote des Ganztags, der Jugendhilfe und sozialpädagogischen Förderung setzen sich klar gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung ein und treten ihr, wo nötig, klar entgegen.

Das Hessische Kultusministerium hat die Schulen ausdrücklich aufgefordert, das Thema Krieg/Ukraine/Folgen zu thematisieren. In diesem Zusammenhang verweist der Magistrat auch auf das seit dem vergangenen Jahr umgesetzte Angebot „Frankfurter Schulen schauen hin!“ der Anne-Frank-Bildungsstätte, in dem mit Fachkräften aus Schule und Jugendhilfe in der Schule Strategien zum Umgang mit Diskriminierung und Rassismus entwickelt und vermittelt werden. (<https://www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/projekte/frankfurter-schulen-schauen-hin>)

Das Land Hessen stellt zudem für Lehrkräfte ein umfangreiches Beratungs- und Fortbildungsprogramm zum Umgang mit Rassismus und Extremismus zur Verfügung (<https://kultusministerium.hessen.de/Schulsystem/Schulpsychologie/Antisemitismus-Prävention/Beratungsangebote-Antisemitismus-Prävention>).

Dr. Nargess Eskandari-Grünberg

Bürgermeisterin